

Das heuchlerische Verhältnis der CDU/CSU zur Zivilgesellschaft

Sehr geehrte Abgeordnete der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag,

28,8 Millionen Menschen haben sich 2019 in ganz unterschiedlichen Formen, Intensitäten und Schwerpunkten zivilgesellschaftlich engagiert¹. Sie und die Organisationen, Verbände und Vereine, die sie dafür gründen, bilden einen ganz wesentlichen Ausdruck der deutschen Zivilgesellschaft und nicht nur das: viele von ihnen stopfen auch die Lücken, die der Abbau des Sozialstaats hinterlassen hat².

Dessen sind Sie sich sehr wohl bewusst und deshalb vordergründig voll des Lobes für dieses Engagement. Sie stellen nicht nur das fest, was ohnehin schon alle wissen – nämlich, dass unsere Gesellschaft so, wie wir sie heute vorfinden, ohne dieses Engagement überhaupt nicht mehr funktionieren würde³, sondern wollen sich darüber hinaus auch dafür einsetzen, dass die Bedingungen, unter denen Engagierte sich organisieren, verbessert werden⁴. Der schale Beigeschmack, den dieses Lob - in Anbetracht der von Ihnen ebenfalls geforderten Kürzungen der Sozialversicherungen (insbesondere der Arbeitslosenversicherung) – mit sich trägt, soll dabei an dieser Stelle aber gar nicht Thema sein. Ebenso soll es gar nicht um den impliziten Zynismus der Christdemokraten gehen, die mit solchen politischen Zielsetzungen die Aufgaben für die zivilgesellschaftlich engagierten Menschen weiter erschweren.

Im Fokus steht stattdessen, dass genau diese Zivilgesellschaft auch Zähne zeigen kann und bei aller Lobhudelei nicht jede realpolitische Hässlichkeit unkommentiert lässt, wie Sie schmerzhaft feststellen mussten. Nach ihrer Abstimmung mit der AfD für einen Antrag auf eine härtere Migrationspolitik am 29.01.2025 – ein Tabubruch ausgerechnet zwei Tage nach dem 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz – gingen hunderttausende Menschen auf die Straßen und zeigten deutlich, dass sie diese Art von Affront nicht hinnehmen werden. Unter den Demonstrierenden waren mit Sicherheit auch viele der 28,8 Millionen zivilgesellschaftlich Engagierten.

Ihre Antwort erfolgte nun prompt: mit einer „kleinen“ Anfrage an den Bundestag zur politischen Neutralität gemeinnütziger Organisationen wollen Sie in stolzen 551 Fragen Erkundigungen darüber einholen, ob einige der an den Protesten beteiligten Organisationen nicht gegen das parteipolitische Neutralitätsgebot, welches mit einer anerkannten Gemeinnützigkeit einher geht, verstoßen haben⁵.

Diese stellt meiner Auffassung nach einen klaren und unmissverständlichen Einschüchterungsversuch dar. Im heuchlerischen Verhältnis der CDU/CSU zur Zivilgesellschaft, ist diese immer nur dann willkommen, wenn sie dort einspringt, wo neoliberale Politik versagt und der Sozialstaat sich immer weiter zurückzieht. Politische Betätigung und besonders Kritik hingegen ist ausdrücklich nicht erwünscht und soll im Zweifel mit unlauteren Mitteln erstickt werden.

¹<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf> (Abgerufen 01.03.2025)

²<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/203553/ehrenamt-statt-sozialstaat/> (Abgerufen 01.03.2025)

³<https://www.cdu-nrw-fraktion.de/artikel/das-ehrenamt-ist-ein-geschenk-jedes-einzelnen-die-gesellschaft> (Abgerufen 01.03.2025)

⁴<https://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/buerokratie-runter-anreize-hoch-fuer-ehrenamt-und-vereine> (Abgerufen 01.03.2025)

⁵<https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf> (Abgerufen 01.03.2025)

Wie komme ich also zu dieser Auffassung?

Die komplexe Rechtslage zur Frage, ob und in welchen Umfang gemeinnützige Organisationen politische Äußerungen tätigen dürfen⁶, wird von Ihnen im eigenen Sinne vereinfacht: parteipolitische Agitation sei gemeinnützigen Organisationen untersagt, die Proteste gegen die gemeinsame Abstimmung von CDU und AfD stellten eine parteipolitische Einflussnahme dar, ergo sei zu überprüfen, ob nicht einer ganzen Reihe von Organisationen die Gemeinnützigkeit fälschlicherweise anerkannt wurde. Ihnen muss dabei bewusst sein, dass eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit fatale Folgen für die betroffenen Organisationen hätte, sichert diese doch nicht nur steuerliche Vorteile für die Organisationen selbst sondern auch für potentielle Spender:innen und trägt dadurch wesentlich zur ökonomischen Absicherung dieser Organisationen bei.

Unbestritten ist, dass gemeinnützige Organisationen sich parteipolitisch neutral verhalten müssen, darüber hinaus ist politische Betätigung allein kein als gemeinnützig anerkannter Zweck. Jedoch: ordnet sich die politische Betätigung dem eigentlichen Organisationszweck unter, gefährdet diese keineswegs die Gemeinnützigkeit. Und es geht noch weiter: die gelegentliche Äußerung zu (tages)politischen Themen, die nicht im direkten Zusammenhang mit dem Organisationszweck stehen, ist ebenfalls gestattet!⁷

Fraglich ist, ob die Proteste gegen den Antrag und Gesetzesentwurf für das sog. „Zustrombegrenzungsgesetz“ sowie die gemeinsame Abstimmung der CDU mit der AfD überhaupt eine explizit parteipolitische Agitation oder doch „nur“ eine Äußerung zu einem tagespolitischen Thema darstellt.

Weiter bedienen Sie sich mit dieser Anfrage Strategien, die bisher aus dem rechtsextremen Spektrum bekannt waren. Zitat, Hervorhebung durch mich: „**Manche Stimmen** sehen in den NGOs eine Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt [...]“

Ihr Stichwortgeber ist hier der Ressortleiter Meinungsfreiheit der (Online-)Zeitung „Die Welt“ Andreas Rosenfelder, welcher in einem Meinungsartikel von einem „gefährlichen Staat im Staate“ raunt⁸. Dieses Geraune erinnert frappierend an die Verschwörungserzählungen aus den USA rund um eine „zentral organisierte Antifa“⁹ und einen „Deep State“¹⁰, mit deren Hilfe rechtsextreme Gruppierungen immer wieder versuchen, zivilgesellschaftliches Engagement, welches sich gegen sie und ihre menschenfeindlichen Weltanschauungen und Politiken positioniert, zu diffamieren. Es ist ein neuer Tiefpunkt in der politischen Entwicklung Deutschlands, dass Sie sich offenbar nicht mehr zu schade sind, unverhohlen daran anzuknüpfen.

Schließlich stellt Ihre „kleine“ Anfrage einen Missbrauch des parlamentarischen Fragerechts dar. Mit diesem können und sollen die Bundestagsfraktionen die Arbeit der Bundesregierung kontrollieren. Doch nur wenige der insgesamt 551 Fragen haben einen klar erkennbaren Bezug zur Arbeit der Bundesregierung, bei vielen davon scheint dieser offensichtlich konstruiert. Zudem werden mindestens teilweise die Grundrechte der Betroffenen missachtet, obwohl der Bundestag wie auch die Landtage an die Wahrung der in unserer Verfassung gesicherten Grundrechte gebunden sind¹¹.

⁶<https://www.bundestag.de/resource/blob/871046/00fddb36ac45ef691ff6c848b1b4c8c2/WD-4-094-21-pdf.pdf>
(Abgerufen 01.03.2025)

⁷https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Paritaet-2024-Rechtl_Rahmen_Polit_Betaetigung.pdf
(Abgerufen 01.03.2025)

⁸<https://www.welt.de/debatte/plus255395416/NGOs-Der-deutsche-Deep-State-und-seine-gefaehrliche-Macht.html>
(Abgerufen 08.03.2025)

⁹<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/minneapolis-usa-geruechte-fakes-101.html> (Abgerufen 06.03.2025)

¹⁰<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/Q/qanon.html> (Abgerufen 06.03.2025)

¹¹<https://verfassungsblog.de/anfrage-bundestag-informationhandeln/> (Abgerufen 01.03.2025)

Ich lasse mich nicht einschüchtern!

Um es abschließend einmal klar und deutlich zu sagen:

So wie auch ich den Tabubruch Ihrer gemeinsamen Abstimmung mit der AfD als solchen erkannt habe und einer von den hunderttausenden Menschen war, die an den vergangenen Wochenenden dagegen demonstriert haben – genau so habe ich auch diesen Einschüchterungsversuch erkannt. Doch ich lasse mich nicht einschüchtern, ganz besonders nicht auf eine derart billige und unredliche Art und Weise. Ich werde mich auch in Zukunft laut und deutlich gegen jede Form von menschenfeindlicher Politik äußern und ja, ich werde dies auch gegen die CDU gerichtet tun, wenn sie sich wieder einmal als Steigbügelhalter der AfD andient.

Gez.

Marvin Bertolino

Drogensozialarbeiter, Betriebsrat und als Beisitzender der Akzept NRW Regionalgruppe einer von 28,8 Millionen